





gründet. Diese Vereinigung verstand es bald, immer neue Scharen von Klassengenossen für sich zu gewinnen, sich anzuschließen, und wurde in verhältnismäßig kurzer Zeit eine einflussreiche Organisation. Dann, als sie eine Macht geworden war, setzte sie der Regierung und den herrschenden Klassen so lange zu, bis diese der „bedrängten“ Landwirtschaft wieder eine Zollmauer durch das Schutzzollgesetz von 1903 aufbauten. Wenn heute der Grundbesitz im Verhältnis zu den anderen Berufsgruppen mit seinem Weizen und Roggen, seinen Hammeln und Schweinen so gute Geschäfte macht, so dankt er es seiner Organisation, die es so trefflich verstanden hat, ihm die ausländische Konkurrenz vom Halse zu halten.

Was lernen wir Arbeiter oder darnach? Daß die herrschenden Klassen in der Industrie und in der Landwirtschaft auf dem rechten Wege sind, auf Kosten der Konsumenten ihre Lage noch mehr zu verbessern! Daß ihnen weiter als Mittel dazu die Organisation dient, für die Großindustrie die Macht der Kartelle, der Syndikate, der Trusts, für den Großgrundbesitz das politische Gebilde des Bundes der Landwirte.

Was sehen wir weiter daraus? Agrarier wie Industrielle haben ihre Klassenlage, ihre Stellung in der Produktion erkannt. Selbst die Kohlenmagnaten hätten ohne den festen Schutz des Kohlen-syndikats nie und nimmer die Preise der Kohle um 48 Proz. und die des Koks gar um 120 Proz. in die Höhe treiben können. Die Großgrundbesitzer hätten ohne den politischen Einfluß des Bundes der Landwirte nicht so viel herausschlagen können.

Gibt uns Arbeitern das nicht zu denken? Auch uns geht es wie den Verkäufern, die um jeden Preis ihre Ware loswerden müssen. Unsere Ware ist unsere Arbeitskraft, ist die Geschicklichkeit unserer Hände. Und wir brauchen jemand, der diese Kraft, diese Geschicklichkeit verwenden kann und der die Mittel hat, zu produzieren. Aber genau so wie die Verkäufer haben auch wir Arbeiter in unseren Reihen Konkurrenten um die Arbeitsstelle, das sind die noch Armeren, die Hungernden. Wir wissen aber, daß der Arbeitgeber wie jeder andere Käufer auch sucht, die Arbeiter so billig wie möglich zu bekommen und daß er daher die Konkurrenz ausankert und dadurch den Arbeitslohn drückt. Sollte uns Arbeitern die Organisation, der feste Zusammenschluß nicht auch helfen, genau so, wie er den großen Industriellen geholfen hat?

Ganz gewiß! Dafür sprechen ja auch die Erfolge der modernen Gewerkschaftsbewegung. Schon jetzt haben die Organisationen der Unternehmern bedeutende Vorteile abgetrotzt, trotzdem sie noch lange nicht alle Kollegen unter ihren Fahnen vereinigt hatten, ja, trotzdem ein Teil davon ihnen fremd, ja feindlich gegenüberstand. Um wieviel mehr Erfolge werden sie haben, wenn alle sich anschließen würden. Dann könnten wir der gewaltigen Macht der Unternehmer die geschlossene, die zielbewußte Macht der Arbeit entgegenstellen. Wir sehen, wie die Mächtigen der Erde ihre Klasseninteressen in den Kartellen, den Syndikaten und Trusts wahren. Auch wir Arbeiter müssen unsere Klasseninteressen wahren, ja noch viel energischer wie die Industriellen und die Großgrundbesitzer. Das können wir aber nur, wenn alle Berufsgenossen und Genossen Mitglieder der Gewerkschaft, des Verbandes der Sattler und Portefeuilier, werden.

### Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1910.

I.

#### Ausbreitung und Umfang der Gewerkschaftskartelle.

Zehn Jahre sind nunmehr verfloßen, seitdem die Generalkommission damit begonnen hat, alljährlich eine allgemeine Uebersicht über den Umfang und die Tätigkeit der Kartelle der freien Gewerkschaften zu geben. Ein Vergleich der ersten Statistik mit den Ziffern der des Jahres 1910 führt in recht wirksamer Weise die kraftvolle Entwicklung der Kartelle während des verfloßenen Jahrzehntes vor Augen. Es vermehrten sich die Kartelle um 321, die Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften stieg um 4888 und die der Mitglieder von 418.718 auf 1.892.752. Die Tätigkeit der Kartelle hat von Jahr zu Jahr eine ständige Erweiterung erfahren. Auf dem Gebiet der Agitation und der Bildungsbestrebungen sowohl wie in bezug auf die Erfüllung der sozialpolitischen Aufgaben ist eine immense, fruchtbare Arbeit geleistet worden. So haben sich die Kartelle durch ihre eifrige Pionierarbeit eine ehrenhafte Stellung innerhalb der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung errungen und damit nach besten Kräften zu deren machtvollstem Aufstieg beigetragen.

Am Schlusse des Jahres 1910 betrug die Zahl der Kartelle 684 (1900: 654), gegenüber dem Vorjahre ist eine Vermehrung von 30 Kartellen eingetreten. An der Berichtserstattung beteiligten sich 656 Kartelle = 95,91 Proz.

der Gesamtzahl. Die prozentuale Beteiligungsziffer ist etwas günstiger als im Jahre 1909, wo sie 94,95 Proz. ausmachte. Durch den Anfall von 28 Kartellen aus der Statistik wird diese nicht erheblich beeinflusst, da es sich durchweg nur um kleinere Kartelle handelt. Zwei von ihnen wurden erst im Laufe des Vorjahres gegründet und die übrigen 26 zählten 1909 zusammen 14.746 Mitglieder.

Den 656 an der Statistik beteiligten Kartellen sind 8883 Gewerkschaften angeschlossen, die insgesamt 1.892.752 Mitglieder zählen. Darunter befinden sich 8852 Zweigvereine von den der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbänden mit 1.884.771 Mitgliedern. Im Jahre 1909 wurden 8520 Zweigvereine mit zusammen 1.612.149 Mitgliedern gezählt. Es hat sich die Zahl der Zweigvereine um 32 und die der Mitglieder um 272.325 vermehrt. Die Kartellstatistik umfaßt selbstverständlich nicht alle Zweigvereine und Mitglieder der Zentralverbände. 309 Zweigvereine waren den Kartellen im Jahre 1910 nicht angeschlossen; auch befinden sich Mitglieder an solchen Orten, wo Kartelle noch nicht bestehen. Das Zahlenverhältnis der Kartellstatistik läßt jedoch bereits den sicheren Schluß zu, daß die Zentralverbände am Ende des Jahres 1910 einen Mitgliederbestand von zwei Millionen erreicht haben.

Außer den Zweigvereinen derjenigen Zentralverbände, welche der Generalkommission angeschlossen sind, gehören den Kartellen noch an: 27 Zweigvereine des Verbandes der süddeutschen Eisenbahner mit zusammen 7637 Mitgliedern; 3 Zweigvereine des Verbandes der technischen Bühnenarbeiter mit 297 Mitgliedern und ein dem Gerar Kartell angeschlossener Zweigverein des Verbandes der Zeichner mit 44 Mitgliedern. Es sind dann den Kartellen noch weiterhin angeschlossen: Der Verband der freien Gastwirte mit 20 Zweigvereinen und 443 Mitgliedern und der Verband der Hausangestellten und Diensthöfen mit 20 Zweigvereinen und 4758 Mitgliedern. Letztere beiden Verbände verfolgen zwar wirtschaftliche Ziele, können jedoch nicht als Gewerkschaften bezeichnet werden. Der Verband der freien Gastwirte besteht aus selbstständigen Gewerbetreibenden. Er steht in freundschaftlichen Beziehungen zu den freien Gewerkschaften, woraus sich der Anschluß einer Anzahl seiner Zweigvereine an die Kartelle erklärt. Der Verband der Hausangestellten erstreckt die wirtschaftliche Besserstellung seiner Mitglieder, nimmt jedoch gegenüber den Gewerkschaften wegen des ihm selber durch die Gesetzgebung verfallenen Koalitionsrechtes eine Ausnahmestellung ein.

Die Vermehrung des Kartellbestandes ist durchweg auf das Singintommen kleinerer Orte zurückzuführen. Es stieg die Zahl der Kartelle, denen 2 bis 15 Gewerkschaften angeschlossen sind, von 420 auf 466. Die Kartelle mit 16-40 Gewerkschaften nahmen um 5 zu, während sich die Kartelle mit über 41 Gewerkschaften um die gleiche Zahl verringerten. Die Verschiebung in den Größenverhältnissen der mittleren und größeren Kartelle wurde hauptsächlich herbeigeführt durch den im Laufe des Berichtsjahres erfolgten Zusammenschluß des Verbandes der Mühlenarbeiter mit dem Brauereiarbeiterverband und der Verbände der Kassenarbeiter und der Seeleute mit dem Transportarbeiterverband. Diese Zusammenschlüsse führten eine teilweise Verringerung der den Kartellen angeschlossenen Zweigvereine herbei, ohne daß dadurch die Zahl der Mitglieder berührt wurde.

Ran darf deshalb die Bedeutung der Kartelle nicht lediglich nach der Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften bewerten, sondern muß dabei auch deren Mitgliederbestand berücksichtigen. Die seit dem Jahre 1909 eingetretene Vermehrung der Kartelle nach der Zahl der angeschlossenen Mitglieder bezieht sich bei den Kartellen, welche bis 300 Mitglieder haben, auf 5, bei den Kartellen mit 301-2500 Mitgliedern auf 7 und bei den Kartellen mit mehr als 2500 Mitgliedern auf 25 Kartelle. Aufeinander entfällt auf die größeren Kartelle der hauptsächlichste Anteil an der insgesamt eingetretenen Steigerung des Mitgliederbestandes. Mehr wie 25.000 Mitglieder haben die Kartelle: Berlin (264.514), Bremen (28.595), Breslau (26.834), Chemnitz (31.628), Dresden (76.904), Frankfurt a. M. (37.575), Gumburg (113.973), Hannover (86.636), Leipzig (66.121), Magdeburg (25.810), München (61.443), Nürnberg (49.780), Stuttgart (35.368). Diese 13 Kartelle haben zusammen gegen 1909 um 123.423 Mitglieder zugenommen.

#### Die soziale Frage.

Die soziale Frage — wozu sie besteht? Die einen schöpfen aus dem Vollen, Die andern Millionen andre — seht — Nicht gutwillig Hungers sterben wollen.

### Die Berliner Schlichtungskommission für das Portefeuilles- und Reiseartikeldgewerbe

trat am 21. Mai unter dem Vorsitz des Herrn Magistratsrats v. Schulz in den Räumen des Berliner Gewerbegerichts zu einer Schiedsgerichtssitzung zusammen. Als Arbeitgebervertreter fungierten die Herren Saupé und Pahl, Arbeitnehmervertreter die Herren Voh und Schmidt.

Die letzte Sitzung vom 28. Februar d. J. beschäftigte sich u. a. mit der Frage, ob die Entlassung der Tischler G. und V. als eine von Herrn David Scheier vorgenommene Maßregelung im Sinne des Zentraltarifamtspruches anzusehen sei. Den Tatbestand haben wir bereits in Nr. 10 (1911) der „Sattler- und Portefeuilier-Zeitung“ eingehend geschildert. Es wurde damals beschloßen, die entlassenen G. und V. auf Grund der A. P. C. § 1045 vom Amtsgericht darüber verurteilen zu lassen, ob beim Abschluß des Vertrages der Organisationsvertreter Herr Schulze Herrn Scheier den Vorschlag machte, „der Seimarbeiter Zimmermann kann weiter arbeiten, wenn Sie sich verpflichten, keinen unferer Kollegen wegen Arbeitsmangel zu entlassen, solange Herr Zimmermann für Sie beschäftigt ist,“ und „ob Herr Scheier unter Verletzung dieses Vorschlages den Vertrag vollzog.“ Dies wurde von den Zeugen am 7. April 1911 mit dem Zufuge beider, daß sie nicht gehört haben, daß Herr Scheier irgendwelchen Vorbehalt gemacht hätte.“ Herr Scheier verneint den ganzen Fall nochmals aufzurollen und beirietet selbstverständlich, eine Maßregelung vorgenommen zu haben. Die betreffenden Artikel seien seit der Entlassung des G. und des V. nicht mehr angefertigt worden, auch sei an deren Stelle niemand eingestellt. Trotz alledem wollte er die Entlassenen einstellen, was sie mit der Begründung ablehnten, auf jeden Fall eine Entschädigung für mindestens 14 Tage Lohnausfall haben zu müssen. Von den Arbeitgebervertretern wird der formelle Antrag begründet, nicht nochmals durch eine mehrstündige Verhandlung den ganzen Sachverhalt aufzurollen, sondern nach Annahmehnahme der beidseitigen Auslage und des Zentraltarifamtsentscheidendes die beklagte Firma zur Zahlung von 140 M. für entfallenen Lohn und Tragung der Gerichtskosten zu verurteilen. Der Vorsitzende macht den Vorschlag, daß, wenn eine Bewilligung des Herrn Scheier nicht vorliegt, doch ein Vergleich der Parteien möglich sei. Liegt aber Bewilligung vor, so könne er nicht zum Vergleich raten. Die Arbeitnehmervertreter lehnen aus den eben gemachten Ausführungen einen Vergleich ab, worauf das Urteil verknüpfet wurde, wonach Herr Scheier an den Verband der Sattler und Portefeuilier 140 M. Schadenersatz und 5 M. für die durch die Verurteilung entstandenen Gerichtskosten zu zahlen hat. In der Begründung des Urteils wird hervorgehoben, es ist unbestritten, daß zwischen der Arbeiterorganisation und Herrn Scheier ein Vertrag vereinbart ist, wie er mit der Vereinigung der Lederwarenfabrikanten abgeschlossen wurde. Es ist ferner unbestritten, daß die Arbeiter G. und V. entlassen worden sind, daß sie täglich den Arbeitsnachweis benutzten und daß sie wöchentlich 35 M. verdienten. Es kommt jedoch eine Maßregelung nicht in Betracht. Vielmehr ist die Firma durch den Vertrag eine Verpflichtung eingegangen, welcher sie nicht nachgekommen ist, wodurch aber dem Verband der Sattler und Portefeuilier ein Schaden erwachsen ist. Die beantragte Klagesumme kann als eine angemessene Entschädigung gelten. Herr Scheier machte seinem gepreßten Herzen mit den Worten Luft: „Ich zahle doch nichts, ich rufe das Zentraltarifamt an.“ Dies wird ihm wenig nützen, da das Zentraltarifamt nur auf Antrag einer der vertragschließenden Organisationen zusammenberufen werden kann. Die Vereinigung der Berliner Lederwarenfabrikanten wird sich aber wohl hüten, wegen eines Nichtvereinsmitgliedes solchen Aufwand zu machen. Zudem kann das Urteil auch hier nicht anders ausfallen. Da Herr Scheier den gutgemeinten, ihm Kosten ersparenden Rat, doch zahlen zu wollen, nicht akzeptiert, wird das Urteil dem Berliner Amtsgerichts zwecks Vollstreckbarerklärung überreicht und dann einem Rechtsanwalt zum Vollzug übergeben. Bei weiterer Weigerung muß auf Grund bestehender Gesetze das Pfändungsverfahren eingeleitet werden.

Bei der Firma Paul Grohmann wurde der Arbeiter D. seit Oktober 1910 als Heimarbeiter beschäftigt. Laut § 5 des Tarifvertrages erhalten die Heimarbeiter für die zur Arbeit benötigten Zutaten eine prozentuale Entschädigung, die fast generell in der Weise geregelt ist, daß für rohe Sachen 1 Proz. und für gefüllte Sachen 2 Proz. Zuschlag gezahlt wird. Die Firma zahlte dem Arbeiter aber für gefüllte Sachen nur 1 1/2 Proz. und als der Arbeiter dagegen Einspruch erhob, wurde er mit dem Bemerkten abgewiesen, daß die Firma nie mehr gezahlt hat. Da in dem Tarifvertrag keinerlei Vermerk über die Höhe der Zuschläge enthalten ist, so be-

nicht der Anspruch des Arbeiters zu Recht und wird beantragt, die Schlichtungskommission möge die Firma beurteilen, dem Arbeiter D, die zu wenig gezahlte Entschädigung in Höhe von 3,15 Mk. nachzugeben.

Der Werkführer Krüger, als Vertreter der Firma, behauptet, daß diese Prozentfäße mit den Arbeitern vereinbart seien. Von den Arbeitervertretern wird das bestritten. Weil man die Arbeiter seit Beginn des Vertrages keinerlei Forderungen an die Firma gestellt haben und somit mit dem bestehenden Zustand stillschweigend einverstanden waren, wird die Klage zurückgezogen. Dabei macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß auf jeden Fall die Entschädigungsansprüche auf dem Lohnzettel und auf dem Arbeitszettel vermerkt werden müssen.

Die Firma G r o s m a n n zahlte bisher für rohe Zahlfloßen mit rundem Maß 14,50 Mk. per Gros. Dieser Preis ist mit den Arbeitern vereinbart. Es wurde festgestellt, daß Herr Großmann den gleichen Artikel, mit einer anderen Nummer versehen, zwei Heimarbeiter zum Preise von 12,60 Mk. in Arbeit gegeben hat. Unserem Protest gegen solche Praktiken begnügt Herr Großmann mit dem Hinweis, daß er mit einem der Heimarbeiter ein Sonderabkommen getroffen habe.

Der Klageantrag geht dahin, die Schlichtungskommission möge Herrn G. aufgeben, in Gemeinschaft mit dem Organisationsvertreter der Arbeiter die vorhandenen Differenzen festzustellen und den Mehrbetrag den in Frage kommenden Heimarbeitern nachzugeben. Der Firmenvertreter erklärt, daß der Heimarbeiter Schent nur ein Gros gearbeitet hat, dagegen Heil ein Fabrikant ist, von dem die Firma Großmann die fertigen Artikel kauft. Auf die direkte Anfrage, ob Heil mehr als 12,60 Mk. für den betreffenden Artikel erhält, verweigert der Werkführer die Auskunft. Es wird von den Arbeitervertretern behauptet, daß das Vorstandsmitglied der Arbeitervereinigung Herr Großmann Tarifbruch begangen hat, weil er Artikel unter dem feigsten Duplikat wird der Klageantrag liegt betreffend zurückgezogen, dagegen der Teil der Klage zugunsten des Heimarbeiters Schent aufrechterhalten. Diesem Antrag wurde entsprochen und ist die Differenz von 12,60 Mk. zu 14,50 Mk. nachzugeben.

Darf den Arbeiterinnen der Lohn um den Teil gekürzt werden, den sie an den Vorabend vor den Sonn- und Feiertagen auf Grund des § 137 Abs. 2 der Gewerbeordnung vom 1. Januar 1910 verkürzt arbeiten?

Bei der Firma L ä l g e r s u. Co. ist nun den Arbeiterinnen die ausfallende Arbeitsstunde vom grünen Donnerstag abgezogen worden. Diese Maßnahme entspricht nicht den Vertragsbestimmungen. Es wird beantragt, die Schlichtungskommission möge die Firma L ä l g e r s u. Co. beurteilen, den Arbeiterinnen den Lohn für die in Abzug gebrachte Stunde nachzugeben. Von den Klagevertretern wird auf die Bestimmung des Tarifes, wonach ein Tag als einheitliches Ganzes gilt und auf die Verhandlungen beim Abschluß des Tarifvertrages hingewiesen. Das Schlichtsgericht hält es wegen zukünftiger Fälle für durchaus praktisch, diese Frage zur prinzipiellen Entscheidung zu bringen, weshalb ein nochmaliger Termin anberaumt wird, um die Herren Mann und Voth als Zeugen zu vernehmen.

Dieser Termin fand am 29. Mai statt. Nach Vernehmung der beiden Zeugen stellte sich die Schlichtungskommission auf den Standpunkt, daß der derzeitige Vertrag nicht im Sinne des Klagevertreters ausgelegt werden kann und lehnte den diesbezüglichen Antrag ab. Mitbestimmend für die Stellung der Schlichtungskommission war ein bereits früher gefälltes Urteil, wo es sich um Mitglieder des Buchbinderverbandes handelte.

„Die Herren im Hause.“

Es ist kein Zweifel: Der Widerstand kommt von Offenbach. Einige der Offenbacher Herren sitzen im Mohr und wollen Pfeifen schneiden. Sie mögen nur acht geben, daß sie sich dabei nicht ganz gehörig die Finger verletzen. Es ist mehr als protest, wenn die Herren, von denen eine Anzahl am Jennerdreit angefangen hat, vom Ruin der Industrie schwadronieren. Galt man uns denn für angemachte Idioten?

Wer sind denn die Herren, die heute die tun und sich auf die gewichtigen Vertreter der Industrie hinauspielen? Einige sind darunter, die ursprünglich ein paar tausend Mark hatten, andere, die sich einen reichen Kompanion angelten. Die Mehrzahl aber, du lieber Gott, man kennt diese ehemaligen Kollegen, ohne gerade immer sehr stolz auf sie zu sein. Wenn man sich besonders die Zahl der

Fabrikanten ansieht, die seit dem Bestehen der Tarifgemeinschaft wie Inkrust aufgeschossen sind und damit die Klagen dieser neugeborenen Vertreter „von Bildung und Weis“ (???) vergleicht, die Forderungen der Arbeiter machten die Industrie lenkungsunfähig, kann es einem wirklich schwach werden. Wir können ohne jede Hebertreibung sagen, daß ohne die Tarifgemeinschaft die meisten dieser Herren, die zum großen Teil heute hinter den Schirmhaken vom Main, jenseits und diesseits von Sachsenhausen, verlaufen, sich noch als Heimarbeiter mit den Unsums herumschlagen würden, das Tubend zu 3,50 Mk. und auch noch mit Gliedergoldverdieler.

Weil nun die Eisenbader Portefeuller und Sattler als ein gemächliches Völkchen bekannt sind, das einen Spatz liebt und versteht, tragen uns die Herren Fabrikanten einen Tarifvertrag an von sechsjähriger Dauer unter Bedingungen, die jede Einhaltung des Tarifvertrages ausschließen. Nein, das geht wirklich über den Spatz.

Die Herren mögen sich die Geschichte noch einmal ruhig überlegen. Nehmen wir einmal an, ihre Wünsche würden in Erfüllung treten. Die Folge wäre die Ausdehnung der Heimarbeit unter der rüdsen Form des Zwischenweilensystems. Nehmen wir weiter an, die Portefeuller und Sattler wären nicht oder nur schlecht organisiert, sie könnten also gegen diese Werbung der Dinge nichts anrichten. Wir würden also zu den guten alten Zeiten zurückkehren, wo wir keinen oder so gut wie keinen Verdienst hatten, wo es keinen Minimallohn, keinen Tarifvertrag und andere solche Dinge gab, die angeblich die Industrie ruinieren. Da würden wir was erleben! Die Schmutzkonkurrenz, die zu bekämpfen uns einst die Fabrikanten großzügig helfen wollten, würde freie Bahn haben. Wir brauchen uns dann wirklich keine Mühe mehr zu geben, die Fabrikanten zu „ruinieren“, das würden die schon selbst viel besser und viel gründlicher besorgen. Wie viele von den neugeborenen Fabrikanten, die heute 40, 50 und mehr Arbeiter beschäftigen, würden wohl übrig bleiben? -- Wir würden wieder zu den guten alten Zeiten zurückkehren, wo die Einfuhr von Lederwaren ständig stieg, die Ausfuhr zurückging, mit Ausnahme der Ausfuhr der Arbeiter. Zu jenen schönen Zeiten, wo die Handelskammerberichte so beweglich über den Mangel an gelehrten Kräften jammerten. Wo gäbe es denn heute noch Lehrlinge, die nach dem Auslernen mehr als Anführern können, wenn die Organisation nicht eingegriffen hätte? Und diese Herren geneieren sich nicht, zu behaupten, daß wir die Industrie ruinieren!

Aber die Herren übernehmen sich etwas viel, wenn sie glauben, wir seien eine Herde Hammel ohne Hirn und Willen. Sie überschätzen ihre Widerstandskraft ganz gewaltig, sie überschätzen aber noch mehr unsere Nachgiebigkeit. Sie verkommen vor allem die wirtschaftliche Konjunktur. Vor drei Jahren haben wir uns in gewisse Dinge gefügt, die wir heute rund und nett ablehnen würden. Denn vor drei Jahren, meine Herren, da standen wir am Anfang einer jener wirtschaftlichen Krisen, die durch Ihre unergelte und ungezügelt Produktion periodisch erzeugt werden. Und wenn wir es auch ablehnen dürfen, unter den Folgen Ihres Systems zu leiden, so sind wir geschick genug, damit zu rechnen. Und wie wir vor drei Jahren damit gerechnet haben, so rechnen wir auch heute damit. Heute hat sich das Blatt zu unseren Gunsten gewendet. Und seien Sie versichert, meine Herren, wir sind fest entschlossen, davon zu profitieren. Wir sind aber noch mehr entschlossen, für die von Ihrem System hervorgerufenen schlechten Zeiten zu sorgen. Vergessen Sie nicht, meine Herren, eine wesentliche Bedingung des Kampfes, den Sie leichtfertig heraufbeschwören wollen: Sie können Ihre Fabriken nicht verlegen. Sie sind auf die Offenbacher Arbeiter angewiesen. Für die Arbeiter liegt die Geschichte aber viel leichter und einfacher. Die Offenbacher Portefeuller und Sattler werden in der ganzen Welt gesucht. Die schönen Zeiten, wo man die Arbeiter gegeneinander auspielen konnte, sind vorbei und gegeben. ...

Soweit es an uns liegt, Kollegen, haben wir die Pflicht, jene Herren so schnell und so gründlich wie möglich von ihrer gefährlichen Mission zu heilen. Wir haben ein Interesse daran, ihnen unabweisbar klar zu machen, daß sie auf die Uneingetheit und Ungeschlossenheit der Arbeiter nicht zählen können. Unsere Versammlungskollegen müssen zu klein werden. Wenn die Herren glauben, daß wir ruhig zusehen werden, wie sie die „guten alten Zeiten“ wieder einführen, bei denen haben wir ihnen durch die Tat zu beweisen, daß wir wissen werden, wie sie daran zu hindern.

Hintze und die Justiz.

Der berüchtigte Streifbrecherhäuptling Hintze ist der blind waltenden Gerechtigkeit in die Hände gefallen, von ihr aber, was vorausgeschickt sei, entsprechend seiner staatserschaltenden Tätigkeit sehr milde behandelt worden. Das ist um so bemerkenswerter, als Hintze vor einer Art Gerichtsbarkeit stand, deren Urteile schon so oft das Blut in den Adern haben erstarren lassen: vor der Militärjuris.

Friedrich Hintze oder -- wie er in dem Urteil genannt wird -- Friedrich Hintz dient gewöhnlich bei der 12. Kompagnie des Grenadierregiments König Friedrich der Große (3. Ostpreussisches) Nr. 4 in Annerburg, altho sein Eintritt freilich kein ganz freiwilliger gewesen sein soll. Bekanntlich wurde Hintze -- wie wir ihn weiter nennen wollen, da er ja gegen diese Schreibweise seines ehrenwerten Namens nie Protest erhoben hat -- schon lange vor seinem Eintritt in das genannte königlich preussische Regiment von allerlei ebenso königlich preussischen Behörden wie eine Strohadel gesucht, aber nicht gefunden, obwohl er ja genügend lange in aller Öffentlichkeit sein sauberes Streifbrecheragenten-gewerbe betrieb, das in den Tagen von Moabit seiner Sünden Blütenblüte erlebte. Und obwohl damals eine einwandfreie Verpöschung der Berliner Polizei den trüben Blick schärfte und sie mit der Nasenspitze auf den geschundenen Hintze stieß, der ihr fortwährend zwischen den Fingern herumkrabbelte, blieb Hintze doch ein freier Mann, der seine so außerordentlich nützliche Tätigkeit im Interesse des Unternehmerrgelsbades weiter ausüben konnte.

Hintze huldigte bekanntlich dem Grundsatz: ubi bene, ibi patria; wo es ihm gut geht, da ist mein Vaterland. So war er denn überall da zu finden, wo ihm gleiches Unternehmerrgold in entsprechender Menge winkte. Und als im Mai vergangenen Jahres Unternehmer in Leipziger Sattlergewerbe seine Landsknechtshilfe mit rotem Golde kaufte, da stellte sich Hintze eines Tages mit seiner Streifbrechertruppe ein, um den kämpfenden Leipziger Sattlern in den Rücken zu fallen. Daß diese angenehme Menschenrasse -- und Hintze vorweg -- entsprechend dem Streifbrechergrundsatz: Wir können einen totschlagen! auftrat, ist selbstverständlich. Doch sollte der Häuptling der Bande damit diesmal doch nicht so leichtes Kaufes davonkommen; denn er wurde von zwei Streifposten der Leipziger Sattler wegen Verleumdung verhaftet. Als nämlich im Mai vorigen Jahres Hintze mit seiner erlebten Sorte von Unternehmerrgeliebten vor der beschrifteten Kofferfabrik von August Alcemann auf dem Brühl angefahren kam, trat der streifpostenhaltende Sattler Nr. an den Wagen heran und rief: Hier wird gestreift! -- Da kam der inzwischen vom Bod geliegene Hintze auf ihn zu und schrie ihn an: Galt's Maul, Du Affel! -- Als der Streifposten den unweit stehenden Kriminalbeamten Knaut ersuchte, den Namen des Verleumdigers festzustellen, erhielt er zur Antwort: Ich habe jetzt keine Zeit! -- Erst auf mehrmaliges Verlangen erklärte der Kriminalbeamte, er wolle dem Streifposten den Namen des Verleumdigers schriftlich ausstellen.

Ein anderer Vorgang spielte sich am Berliner Bahnhof ab. Der Sattler S. fuhr von der Hallischen Straße in Gohlis, wo er Streifposten getandete hatte, nach Hause. In denselben Straßenbahnwagen stieg auch Hintze. Am Fleischerplatz verließ der Sattler S. den Wagen, um seine Frau abzuholen und nach dem Berliner Bahnhof zu begleiten. In dem Zug, mit dem Frau S. verreise, dampften auch einige Hintzegeardisten ab. Als S. dann den Bahnhof verließ, sah er sich plötzlich dem Hintze gegenüber, der ihn anscrie: Verfolgt Du mich immer noch, Du Lump, Bagabund! Du Hunderlump verfluchter, ich hor Dir eine rin! Dabei nahm Hintze eine drohende Haltung ein, bereit, S. tötlich anzugreifen. S. antwortete nur kurz: Ich habe Sie nicht verfolgt, sondern nur meine Frau an die Bahn gebracht. Als sich dann S. nach einem Schußmann umfah, machte sich Hintze in einer Drohsache aus dem Staube.

Wegen dieser Verleumdungen stellten die beiden Sattler Strafantrag. Hintze hatte sich deshalb vor dem Kriegsgericht der 2. Division zu Raitenburg zu verantworten, das aber, wie schon gesagt, zu einem verhältnismäßig sehr milden Urteil kam. Hintze erhielt nämlich wegen öffentlicher Verleumdung in zwei Fällen drei und fünf Mark Geldstrafe, im Unvermögensfalle je einen Tag Haft. Außerdem wurde den Verleumdigen die Befugnis zugesprochen, das Urteil einmal in den Leipziger „Neuesten Nachrichten“ auf Kosten des Hintze veröffentlichen zu lassen. Hintze ist also außerordentlich gut weggekommen. Wenn Streifenode überhaupt freigeordnete Arbeiter vor den Schranken des Gerichts stehen, klingt die Justizaktion gewöhnlich anders aus. Vielleicht macht nun der Leipziger Gönner des Hintze, der Sozialist Alcemann, die paar Reichsmärker locker, um seinen Liebling vor den zwei Tagen Haft zu bewahren.

### Die 14. Generalversammlung des Zentralverbandes der Lederarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands

Tagung vom 14. bis 20. Mai in München. Die Tagesordnung umfaßte neben den Geschäftsberichten u. a. die Punkte: Statutenberatung, Lohnbewegungen und Reichstarife, die Bekämpfung der Heimarbeit, die internationalen Beziehungen. Es lagen nicht weniger als 438 Anträge vor, von denen sich circa 300 auf die Beiträge und Unterstützungseinrichtungen bezogen. Bisher bestanden drei Beitragsklassen mit 25, 50 und 65 Pf. Beitrag. Der Zentralvorstand beantragt nun, vier Staffeln einzuführen, 30, 45, 60 und 75 Pf. Die auf der letzten Generalversammlung beschlossene Krankenunterstützung hat zu hohe Kosten verursacht, es liegen nun Anträge vor, die eine Einschränkung dieser Unterstützung verlangen. Bemerkenswert ist noch, daß der Zentralvorstand eine Vorlage über die Einführung einer Invalidenunterstützung unterbreitet. Für die Gewährung dieser Unterstützung wird ein um 20 Pf. erhöhter Beitrag beantragt. Die Invalidenunterstützung soll 6 Mk. pro Woche betragen.

Die im allgemeinen günstige Konjunktur kam dem Verband bei der Mitgliederwerbung sehr zu statten. Bei Beginn der Geschäftsperiode, 1. Januar 1908, zählte der Verband 7874 Mitglieder. Das Krisenjahr 1908 brachte keinen Fortschritt, sondern einen Rückgang der Mitgliederzahl um 240. 1909 steigerte sich aber die Zahl der Mitglieder um 1271, wogu noch durch die am 1. Juli 1909 vollzogene Verschmelzung mit dem Handschuhmacherverband weitere 3017 kamen. Dadurch stieg die Mitgliederzahl bis Ende 1909 auf 11.922 an. In diesen Jahren 1910 noch 2937 Mitglieder, so daß die Geschäftsperiode mit einer Mitgliedererweiterung von 3968 (ohne die Hebertreite) abschließt. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse der Berichtsperiode 14.850, worunter 950 weibliche Mitglieder sind.

Nach dem Massenbericht betrug das Verbandsvermögen am 1. Januar 1908 57.964,60 Mk. und stieg bis Ende 1910 auf 128.731,46 Mk. Die Einnahmen beliefen sich in den 3 Jahren auf 864.591,56 Mk. und die Ausgaben auf 794.979,69 Mk. Die Einnahmen aus Beiträgen allein betrugen 810.677,85 Mk., und zwar 1908 rund 183.000 Mk., 1910 aber rund 370.000 Mk. Die Gesamtausgaben verdoppelten sich aber ebenfalls; sie betrugen 1908 170.000 Mk., 1910 jedoch 370.000 Mk. Für Unterstützungen wurden insgesamt 488.253,89 Mk. ausgegeben, das sind 61,41 Proz. der Gesamtausgaben. Den Löwenanteil davon beanspruchte die Erwerbslosenunterstützung mit 307.910,95 Mk., dann kommt die Streik- und Gemeinregelungenunterstützung mit 144.700,76 Mk.

In der Debatte über den Vorstandsbericht nimmt die Besprechung der Agitation den größten Raum ein. Von verschiedenen Rednern wird verlangt, daß noch intensivere Agitation betrieben werden soll. Von einzelnen Rednern wird verlangt, daß von der Anstellung weiterer Gauleiter zunächst Abstand genommen wird. Dem widerspricht u. a. Kassierer Voss-Berlin, da durch die Freistellung einzelner Kollegen günstige Erfolge erzielt werden. Dem Hauptvorstand wurden Anträge zur Durchführung überwiesen, die wünschen, daß der Vorstand in gewissen Zeitabschnitten Flugblätter herausgibt, die die Mitglieder aufzuklären besonders geeignet sind. Die Ortsvereine sollen angehalten werden, mehr belehrende Vorträge halten zu lassen. Die Lohnstatistiken sollen erweitert werden und alle Branchen einzeln umfassen. Der Vorstand soll ferner die Vorträge für die Herausgabe einer Geschichte des Verbandes in die Hand nehmen. Verbandsvorsitzender Wähler berichtete dann kurz über die Verschmelzung mit den Handschuhmachern, die Schaffung eines Industrieverbandes seiterte an den Schuhmachern, Portefeullern und Sattlern. Von dem Lederarbeiterverband stimmten 3683 Mitglieder für und 1188 gegen die Verschmelzung. Das Resultat der Abstimmung bei den Handschuhmachern war, daß 1458 Mitglieder für und 952 gegen die Verschmelzung votierten. Auf Grund dieses Abstimmungsergebnisses vereinbarten dann die Vorstände des Handschuhmacher- und Lederarbeiterverbandes die Hebertreitebedingungen und am 1. Juli 1909 erfolgte der Zusammenschluß. Bei diesem traten 3017 Handschuhmacher zu den Lederarbeitern über. Das Vermögen des Handschuhmacherverbandes betrug bei der Verschmelzung 35.044,46 Mk., das der Hauptklasse des Lederarbeiterverbandes ausloß. In der weiteren Debatte gab ein Handschuhmacher aus Johannisgeorgenstadt seiner Unzufriedenheit über die vorgenommene Verschmelzung Ausdruck. Die Abstimmung der Handschuhmacher in Johannisgeorgenstadt hat sich zu einem Antrag verdrängt, der die Trennung der Handschuhmacher vom Lederarbeiterverband verlangt. Gegen diese Ausführungen wandten sich mehrere Handschuhmacher, die von der Verschmelzung sehr befriedigt sind. Ein Antrag Tuttlingen besagt, daß bei dem Schuhmacherverband

nochmals die Schaffung eines Lederindustrieverbandes angeregt wird, doch soll bei den Schuhmachern ein besserer Abstimmungsmodus eingeführt werden. Der Verbandsvorsitzende wandte sich gegen den Antrag. Man könne nicht schon wieder an die anderen Verbände in dieser Frage herangehen, nachdem die Verschmelzung zu einem Industrieverband vor wenigen Jahren abgelehnt wurde. Der Antrag Tuttlingen wird dann zurückgezogen und der Antrag Johannisgeorgenstadt mit allen gegen eine Stimme abgelehnt.

Die Aufgabe des Verbandsorgans „Der Lederarbeiter“ ist in der Berichtszeit von 9800 auf 17.400 Exemplare gestiegen. Die Klagen des Redakteurs gingen dahin, daß die Mitarbeit der Verbandskollegen zu wünschen übrig gelassen habe. In den Bericht der Redaktion und Freikommission schloß sich eine längere Debatte, deren Ergebnis war, daß die jetzige Freikommission aufgehoben und deren Funktion dem Ausschuss übertragen wurde.

In geschlossener Sitzung wurde der Punkt Lohnbewegung und Reichstarif behandelt. Die Stellung der Generalversammlung zu diesem Punkt wurde in folgender Resolution niedergelegt:

„Die 14. Generalversammlung erklärt, daß der Ausschuss von Reichstarifen für einzelne Branchen unseres Verbandes davon abhängig gemacht wird, daß die Unternehmer den berechtigten Wünschen der in Frage kommenden Mitglieder hinsichtlich Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse genügend entgegenkommen. Weiter fordert die Generalversammlung, daß beim Abschluß eines Reichstarifes den örtlichen Anlässen ein ausreichendes Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird. Der Zentralvorstand wird ermächtigt, die Verhandlungen mit der Organisation der Unternehmer zu führen. Ob ein Reichstarif für eine Branche schließlich abgeschlossen werden soll oder nicht, das entscheidet eine zu diesem Zweck einzuberufende Generalversammlung.“

Zur Grenzzeitfrage wurde folgende Resolution angenommen:

„Die 14. Generalversammlung erklärt, daß für alle in der Led-, Chron- und Weigeberei, Lederfärberei, Ledergerberei und Lederhandschuhbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen unser Verband die alleinzuständige Organisation ist. Es ist deshalb von den Ortsvereinen oder den Fabrikvertrauensmännern dafür Sorge zu tragen, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die länger als 6 Wochen in unserem Beruf beschäftigt und Mitglied einer anderen freien Gewerkschaft sind, in unsere Organisation überreten, nur hierdurch wird den Verhältnissen der Gewerkschaftslongreife und Vorstandskonferenzen Rechnung getragen.“

Zum Punkt: Bekämpfung der Heimarbeit votierte die Versammlung einstimmig eine Resolution, worin die Haus- und Heberzartarbeit in ihrer jeglichen Gestalt als eine Gefahr für die Verwirklichung der Bestrebungen nach Beseitigung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bezeichnet wird. In dieser Erkenntnis beauftragt die Generalversammlung die Verbandsleitung, alle ihr geeignet erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen, welche zur Beseitigung oder Einschränkung der Haus- und Heberzartarbeit führen können. Als solche sind insbesondere zu bezeichnen: Aufklärung der Heimarbeiter in Wort und Schrift über die moralischen, wirtschaftlichen und hygienischen Schäden der Haus- und Heberzartarbeit; Agitation zur Gewinnung der Heimarbeiter für den Verband; Einbeziehung des Verbots der Haus- und Heberzartarbeit in die Tarifverträge; Teilnahme an den Veranstaltungen und Kundgebungen, die auf die Beseitigung im Sinne einer durchgreifenden Reform der Heimarbeit einwirken. In besonders gelagerten Fällen kann auf Ausschluß aus der Organisation erkannt werden.

Angenommen wurde ein Antrag, den jugendlichen Kollegen auf Kosten des Verbandes das Organ der Jugendlichen zu beschaffen. — Die internationalen Beziehungen des Verbandes sollen auch in Zukunft aufrecht erhalten und erweitert werden.

Alle Anträge, die eine Minderung des Beitrags- und UnterstützungsweSENS bezweckten, wurden der Statutenberatungskommission überwiesen, deren Vorschläge auch akzeptiert wurden. Der Paragraf betreffend Streikunterstützung erhält folgende Fassung:

In der

1. Beitragsstufe (25 Pf. Beitrag)	6 Mk. pro Woche
2. " (45 " " " )	9 " " "
3. " (60 " " " )	13 " " "
4. " (75 " " " )	15 " " "

Die in den einzelnen Beitragsstufen festgesetzte Streikunterstützung wird auf alle Fälle erst nach Zahlung von 52 Wochenbeiträgen gezahlt, bis dahin hat das Mitglied nur Anspruch auf die Streikunterstützung der nächstniedrigeren Beitragsstufe. — Die Gemeinregelungenunterstützung wird in der Höhe der Streikunterstützung inklusive der Kinderunterstützung derjenigen Beitragsstufe gezahlt, der das Mitglied angehört, und darf nur unter Zustimmung des Zentralvorstandes gezahlt werden. — Eine entsprechende Regelung erfolgt auch bei Erwerbslosen-

unterstützung. Wöchnerinnen erhalten vom Tage nach der Entbindung bis zu 6 Wochen die Krankenunterstützung. Schwangerschaftsbeschwerden vor der Entbindung gelten nicht als Krankheit und wird keine Unterstützung gewährt. — Auch die Unzuverlässigkeit wird entsprechend geregelt.

In namentlicher Abstimmung wurde die Anstellung eines fünften besoldeten Beamten mit 35 gegen 17 Stimmen beschlossen. Der Zentralvorstand bleibt wie bisher in Berlin. Der Ausschuss in München.

Den Mitgliedern des Hauptvorstandes wird rückwirkend bis zum 1. Januar ein Wohnungsgeldzuschuß von 120 Mk. jährlich bewilligt. Der Zentralvorstand wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung einstimmig wiedergewählt. Als fünfter besoldeter Beamter wurde mittels Stimmzettel Kollege Mynappe-Berlin gewählt. Die nächste Generalversammlung findet in Berlin statt.

### Eifrige Agitation für die Unternehmerverbände.

Die Unternehmer lassen keine für sie irgendwie günstige Gelegenheit ungenutzt vorübergehen, um die Verbreitung für ihre Organisationen und ihre Streikverhinderungsanstalten zu fördern. Wie jetzt bekannt wird, hat der Verband der sächsischen Industriellen die Differenz um Chemnitzer Metallgewerbe dazu ausgenutzt, seinem erben Zirkular folgend ein zweites folgen zu lassen, das folgenden Wortlaut hat:

Dresden, Datum des Poststempels.

An die Industriellen!

Unter den zahlreichen auf unser letztes Rundschreiben eingegangenen Beitragsklärungen vermischen wir bis jetzt leider noch die Ibrige. Wie gestalten uns deshalb, Sie nochmals dringend um deren umgehende Einwendung zu bitten. Mit gespanntem Interesse verfolgt die Öffentlichkeit den in der Chemnitzer Metallindustrie entbrannten Lohnkampf, der sich zu einer Wuchtprobe ersten Ranges zwischen den beiderseitigen Organisationen ausgewachsen scheint. Nachdem die Arbeitgeber den als berechtigt nicht anzuerkennenden Streik der Sieger und Formier mit der Aussperrung von vorläufig 50 Proz. der Arbeiterschaft, etwa 10.000 Personen, beantwortet hatten, haben, den jüngsten Zeitungsberichten zufolge, Kupfer Schmiede, Dreher und Schlosser gleichfalls die Arbeit niedergelegt. Die schon seit langem zweckbewußt organisierten Arbeitgeber der Metallindustrie sehen sich in diesem Kampfe der stärksten freien Gewerkschaft, dem Metallarbeiterverbande, gegenüber, der Ende 1910 406.000 Mitglieder zählte und nach der letzten Statistik allein über eine Jahreserinnahme von 12.127.662 Mark und ein Vermögen von 6.248.251 Mk. verfügte, während sämtliche 57 freien Gewerkschaften zusammen 50 1/2 Millionen Mark Jahreserinnahmen und 43 1/2 Millionen Mark Vermögen hatten.

Angesichts der Stärke und Geschlossenheit der beiderseitigen Organisationen ist nicht auf ein schwaches Nachgeben einer Partei, sondern vielmehr mit einer langen Dauer des Kampfes zu rechnen. Von um so größerer Wichtigkeit ist die Frage, wer aus dem entscheidenden Ringen als Sieger und wer als Besiegter hervorgehen wird, nicht nur für die unmittelbar beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Metallindustrie, sondern weit darüber hinaus für die gesamte Industrie und deren Arbeiterschaft. Ein auch nur unvollkommener Sieg der Arbeiter in diesem mit den schwersten Waffen von beiden Parteien geführten Kampfe würde zweifellos eine erhebliche Steigerung des Machtgefühes und der Streiklust der Gewerkschaften auf anderer Branchen und ein rapides Anwachsen ihrer Mitgliederzahlen zur Folge haben.

An alle uns noch fernstehenden Industriellen richten wir daher die dringende Aufforderung, nicht länger zu zögern, sondern sich unbedinglich unserer Gesellschaft anzuschließen, um auch damit für ihren Teil den Beweis zu erbringen, daß der glänzenden bewährten Disziplin und Solidarität der Arbeiter eine nicht geringere Einmütigkeit und Opferfreudigkeit auf Arbeitgeberseite gegenübersteht.

Nicht eine einmalige gelegentliche Geldunterstützung, sondern Ihren Anschlag an unsere Organisation erbitten wir von Ihnen. In der ständig wachsenden Zahl unserer Mitglieder, die sich binnen Jahresfrist verdoppelt hat und zurzeit gegen 2800 beträgt, liegt eine imponierende Wirkung auf die Gegner.

Neben dem starken Rückhalt an unserer Organisation und einer auf umfangreiche Erfahrung gestützten Beratung in allen Arbeiterfragen steht Ihnen als Mitglied unserer Gesellschaft in Fällen von Arbeitsverhältnissen eine nach festen Grundsätzen pro Mann und Tag zu berechnende finanzielle Entschädigung zu. Gleich den im Vorjahre von der Aussperrung im Daugeverbe und von Streiks betroffenen Mitgliedsfirmen werden wir auch die unserer Gesellschaft angehörenden Firmen der Chem-

niger Metallindustrie in ihrem Kampfe tatkräftig unterstützen.

Wie Sie zugehen werden, in der für das laufende Jahr zu entrichtende Mitgliedsbeiträge von 1 vom Tausend der Jahreslohnsumme außerordentlich gering.

An der festen Erwartung, daß Sie in der Vertätigung Ihres Solidaritätsgefühls nicht hinter Ihren Arbeiter zurückbleiben werden, sehen wir der Möglichkeit umgehenden Einwendung Ihrer Beitritts Erklärung entgegen.

Hochachtungsvoll  
Gesellschaft des Verbandes sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitsentstellungen.  
(Grüßner.)

Am 18. Mai d. J. hielt diese Gesellschaft, die auch ein groß Teil Offenbacher Lederwarenfabrikanten angehören, in Dresden ihre Generalversammlung ab. Nach dem Geschäftsbericht in die Mitgliederzahl von 1296 am 1. Januar 1910 auf jetzt 2408 mit einer Jahreslohnsumme von 191 Millionen Mark und Arbeiterzahl von 192.000 gehoben. Die 156 Arbeitsentstellungen des letzten Jahres erforderlichen Entschädigungsaufwand von 229.530 Mark. Entsprechend der Ausdehnung der Gesellschaft über alle Gebiete des Reiches wurde beschlossen, ihr den Namen „Deutscher Industrieverband“ (Sitz Dresden) zu geben.

Streiks und Lohnbewegungen.

Der Verband Deutscher Lederwarenindustriellen hielt am 22. Mai in Eisenach eine Versammlung ab, zu der Vertreter der drei Tarifräte erschienen waren, um Stellung zum derzeitigen Stand der Tarifbewegung zu nehmen. Veranlassung hierzu haben die ergebnislos verlaufenen Schlichtungskommissionsverhandlungen und die Anfragen unserer Berliner und Offenbacher Verwaltungen gegeben, welche wissen wollten, ob und wann weitere Verhandlungen am Orte hätten. Entgegen früherer Meinungsäußerungen der Arbeitgebervereinigungen wurde in Eisenach beschlossen, das Zentraltarifat anzurufen. In einem an unsere Zentralleitung gerichteten Schreiben macht Herr Schloßmacher im Auftrag seines Vorstandes den Vorschlag, daß das Tarifamt zu diesem Behufe erweitert wird. Es wird gewünscht, daß zu dem Tarifamt einige Vertreter der beiderseitigen Organisationen der drei in Betracht kommenden Klasse Berlin, Offenbach, Frankfurt und Stuttgart hinzugezogen werden, damit neben den Verhandlungen von Verband zu Verband Besprechungen zwischen den beiderseitigen Vertretern der örtlichen Organisationen über örtliche Differenzpunkte herlaufen können. Die Verhandlungen sollen dann nach Künigten in Offenbach oder Frankfurt stattfinden. Wir wollen hoffen, daß die Ergebnisse dieser Verhandlungen ein die Kollegenchaft befriedigendes Resultat zeitigen, um so einen großen Streik oder, wie einige Scharfmacher androhen, eine Ausperrung zu vermeiden. Im Anschluß an diese Verhandlungen sind dann für jeden Industriebezirk außerordentliche Mitgließerbesammlungen geplant, um so der Kollegenchaft Gelegenheit zu geben, sich zu den erzielten Resultaten zu äußern und zu entscheiden.

Zu dem Lederwarenbetrieb der Firma H. Schlegel-Freiberg i. S., in dem am 30. Juni ebenfalls der vor 1 1/2 Jahren abgeschlossene Tarif abläuft und jetzt von den Arbeitern ein Entwurf eingereicht worden ist, der in seinen Grundlinien mit denen in Berlin, Offenbach und Stuttgart konform geht, ist es bereits zu einem Tarifabschluß gekommen. Die Arbeitszeit beträgt an den ersten 5 Wochentagen täglich 11 Stunden. An den Sonntagen ist um 4 1/2 Uhr, an den Vorabenden hoher Feiertage um 2 Uhr Arbeitsstillstand. Die Zeitsohnarbeiter erhalten die gesetzlichen wie die vom Arbeitgeber angeordneten Feiertage bezahlt. Für Kontrollüberwachungen und ähnliche Versammlungen werden 3 Stunden gewährt. Zeitsohnarbeiter erhalten ihren Lohn, Akkordarbeiter 40 Pf. die Stunde vergütet. Der Mindestlohn wurde für Ausgelernte von 30 auf 35 Pf., im 2. Jahre nach der Lehre von 35 auf 40 Pf. erhöht. Wird bei den Zentraltarifverhandlungen eine weitere Lohnerhöhung bewilligt, so soll für Zeitsohnarbeiter über eine den örtlichen Verhältnissen angepaßte Lohnerhöhung verhandelt werden. Alle Akkordlöhne werden nur in Gemeinschaft mit dem Arbeiterausschuß festgesetzt, haben aber dann für die Saison Gültigkeit. Stellt es sich heraus, daß sich eine Verringerung der Löhne notwendig macht, so werden sie vor Beginn der Saison in Gemeinschaft mit dem Arbeiterausschuß geregelt. Für Ueberstunden bis 8 Uhr abends gibt es 10 Pf., für Nacht- und Sonntagsarbeit 15 Pf. Zuschlag. Die Kollegen hatten bisher viel unter der

Verhüllung einzelner Artikel zu leiden. Deshalb ist die jetzt festgesetzte Regelung dafür als eine glückliche Neuerung zu bezeichnen. Die Bestimmungen lauten:

a) Für die Anfertigung einzelner Sachen, für welche der Lohn laufend oder großweise festgesetzt ist, muß mehr gezahlt werden, als wie sich nach dem Tagelohn- oder Grospreis ergibt.

b) Als Grosartikel gelten solche, deren Arbeitslohn auf Grundlage einer Anfertigung von 144 Stück berechnet wurde. Wird der Grosartikel in geringeren Mengen in Arbeit gegeben, als der Berechnungsgrundlage entspricht, so treten Zuschläge in Kraft, die der freien Vereinbarung vorbehalten sind, jedoch muß von 8 Tugend abwärts mindestens 15 Proz., bei 2 bis 6 Tugend 25 Proz., unter 2 Tugend 50 Proz. Zuschlag gezahlt werden.

c) Als Tugendartikel gelten solche, deren Arbeitspreis auf Grundlage einer Anfertigung von 12 Stunden des gleichen Modells, Qualität und Ausführung berechnet wurde. 1 Stück wird mit 100 Proz., 2 Stück mit 75 Proz., 3-5 Stück mit 50 Proz., 6-11 Stück mit 25 Proz. Zuschlag vergütet.

d) Jede Größe gilt als einzelne Nummer. e) Bei Anfertigung über 1 Tugend darf nichts in Abzug gebracht werden.

Das Vorausfertigmachen einzelner Stücke aus Partien gilt als Anfertigung einzelner Sachen.

Die Wertzeit auf Zuschnitt usw. wird in der Höhe des Durchschnittsverdienstes vergütet. Die Bestimmungen: „Für gleiche Leistung gleicher Lohn“, „Auszahlung eines Lohnzittels“, „Schlichtungskommission und Tarifamt“, „Gültigkeitsdauer“ und „Verrückung“ sind ohne jede Veränderung angenommen. Danach sind alle Sondervereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, die geeignet sind, Bestimmungen des Vertrages zu umgehen, ungültig.

Wird durch Schiedsgericht festgestellt, daß ein Arbeiter gemahngelassen worden ist, so hat der Unternehmer dem Gemahngelassenen bis zum Ablauftermin der im Betrieb üblichen Abmündungsfrist eine Entschädigung in der Höhe des bisher erzielten Durchschnittsverdienstes zu zahlen und nach Ablauf der Abmündungsfrist eine weitere Entschädigung von 5 Mk. pro Tag der Arbeitslosigkeit bis zur Höhe von 60 Mk. für männliche und 3 Mk. pro Tag bis zur Höhe von 36 Mk. für weibliche Arbeiter.

Heimarbeiter sind in Freiberg nicht vorhanden. Durch die Vermittlung: Sollte die Firma A. Schlegel dazu übergehen, Heimarbeiter zu beschäftigen, so sollen erst Verhandlungen über Regelung der Heimarbeiterverträge mit der Arbeiterschaft vorangehen, in Vorzuge getroffen, daß auch in Zukunft diese Produktionsform nicht eingeführt wird. Für Freiberg ist der diesmalige Tarifabschluß als ein schöner Erfolg zu bezeichnen, der noch weitere Früchte zeitigen wird, wenn die Kollegenchaft weiter so einig bleiben wird wie in den letzten Jahren.

Wünschen. Durch Verhandlungen des hiesigen Gewerkegerichts als Einigungsamt ist es hier unter dem Vorsitz des Gewerkeleiters Salorius zu einem bis zum 1. Mai 1914 geltenden Tarifvertrag zwischen dem Gesellere, Reitzgen und Sportartikelgeschäften und dem Verbands der Sattler und Portefeuller gekommen. Die geforderte 5stündige Arbeitswoche und der um zwei Stunden frühere Arbeitsbeginn an den Vorabenden vor Oster-, Künigten, Weihnachten und Neujahr wurde bewilligt, ebenso die Freigabe des 1. Mai als Feiertag. Der Mindestlohn soll im 1. Jahr nach beendeter Lehrzeit 34 Pf., im 2. Jahr 38 Pf., im 3. Jahr nach beendeter Lehrzeit 42 Pf., von da ab 46 Pf. betragen. Die zurzeit bestehenden Löhne erhoben sich ab 1. Mai 1911 um 2 Pf., ab 1. Mai 1913 um weitere 2 Pf. Werttagsüberwinden werden in folgender Weise entschädigt: Für die ersten 2 Stunden nach beendeter Arbeitszeit gibt es 25 Proz., für alle weiteren Ueberstunden und für Sonn- und Feiertagsarbeit 50 Proz. Zuschlag. An nichtgesetzlichen Feiertagen soll nach Möglichkeit gearbeitet werden; diese werden den Werttagen gleich erachtet. In den weiteren Bestimmungen ist wegen Streitigkeiten, die aus der Auslegung und Durchführung des Tarifs entstehen, eine Schlichtungskommission vorgehoben.

Aus unserem Beruf.

Die Arbeitslosigkeit in der Lederwaren- und Reifertartikelindustrie im April d. J. war erheblich größer als im Vormonat und Vorjahr. Das Angebot von Arbeitskräften war sehr groß, in einzelnen Betrieben mußte die Arbeitszeit verkürzt werden. Dieser mißliche Umstand hat auch die Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder ungünstig beeinflusst. Im April 1910 kamen auf 100 Mitglieder des Sattler- und Portefeullerverbandes 1,4, im April 1911 dagegen 2,8 Arbeitslosenfälle. Von 56 der Berichterstattung an das Kaiserl. Statistisches Amt angeschlossenen Gewerkschaften haben sich nur 21 an der erstmalig monatlich vorgenommenen Berichter-

stattung beteiligt. Hier entfallen auf 100 Mitglieder 1,8 Arbeitslosenfälle, im gleichen Monat des Vorjahres 1,9. Der Verband der christlichen Lederarbeiter hat aus uns sehr begründlichen Gründen die Berichterstattung an das Kaiserl. Statist. Amt eingeleitet. Wir sollen gemiß nicht neidisch werden ob des großen Zuwachses dieses Verbandes. Oder... Auch sonst ließ die Berichterstattung diesmal viel zu wünschen übrig, denn von den 21 Verbänden, die rechtzeitig berichteten, fehlt zum Teil eine nicht unbedeutliche Zahl von Ortsverwaltungen. Aus der Lederindustrie Hessens liegende folgende Mitteilungen vor: An der Portefeulleindustrie Offenbachs herrscht schlechter Geschäftsgang. Es handelt sich jedoch hier, wie schon früher hervor- gehoben wurde, um eine jährlich wiederkehrende Erscheinung. In Frankfurt a. M. herrscht rege Nachfrage nach Sattlern auf Geschirre und Wagenarbeit; Tapezierer waren nicht genügend vorhanden, um die Nachfrage zu decken. Auch Mainz meldet, daß bei Sattlern und Tapezieren die Lage günstig sei. Durch die Eröffnung der Saison am Rhein haben auch an kleineren Plätzen, wie Altdorf, Kapuziner und Dekorateur gute Beschäftigung. Aus Wiesbaden wird berichtet, daß die Tapezierer in eine Lohnbewegung traten. Der ausgebrochene Streik wurde nach fünfzigtägiger Dauer durch Abschluß eines Tarifes beigelegt.

Stettin. Heber das Kost- und Logiswesen bei unseren Sattlermeistern ist zwar schon des öfteren in unserer Zeitung geschrieben worden. Zur Schande unserer Meißner sei es gesagt, daß sie uns immer wieder von neuem Veranlassung geben, die Logis, das heißt die sogenannten Schlafräume, einer Kritik zu unterziehen. In sanitärer Hinsicht genügen sie wohl selten den allernotwendigsten Ansprüchen, die man an sie stellen muß. Man findet z. B. Dach- rüubchen ohne Verkleidung, ohne Licht und Luft. Auch ein einfacher Bretterbänke oder sonst irgendeine Kumpelkammer muß als Schlafraum dienen. Als Mobiliar einer solchen Baracke, pardon! Schlafstube, ist gewöhnlich ein klappiges Bett und ein gebrechlicher Stuhl, der Tisch wird durch den Morb oder Koffer des Gesellen ersetzt. Als Garderobenschrank in eine spanische Gardie gezogen. Die Werkstellen sind in den meisten Fällen auch nur kleine ungelagerte Löcher. Man denke sich, wie die lange Arbeitszeit, 12-16 Stunden, oftmals schlechte Kost, schlechtes Logis und niedrige Entlohnung auf die Gesundheit der Arbeiter wirken muß. Es ist deshalb kein Wunder, daß viele Kollegen so frühzeitig zugrunde gehen oder schwindsüchtig sind. Deshalb ist es eine Notwendigkeit, mit diesem System zu brechen. Aber die Indifferenten scheinen sich trotzdem noch recht wohl dabei zu fühlen. Das beweist ein Fall in Ostb. Nach dort wurden mehrere Verbandszeitschriften geschickt, worauf folgende Antwort einkam: „Wir verzichten auf Ihre Zuschriften. Die Gesellen bei Humholz.“ Ob diese Proklamation aus dem Hirn des Meisters oder der Gesellen entsprungen ist? Wir möchten das erriethen annehmen. Treffen doch auf diese Firma die eingangs geschätzten Verhältnisse am drücklichsten zu. Deshalb ist es notwendig, hiermit zu brechen. Unsere Einzelmitglieder können hier am ersten bahnbrechend wirken, die Indifferenten auf die Uebelstände aufmerksam machen und sie für uns zu gewinnen suchen, um gemeinsam diesen Uebelständen abzuhehlen. Tie in dieser Hinsicht jeder Kollege seine Pflicht, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. Unsere Parole ist: „Fort mit dem Kost- und Logiswesen!“

Aus Industrie und Handel.

Schweden will sich von dem deutschen Leder- und Sattlerwarenmarkt unabhängig machen. Zurzeit werden von einem Handelsverein in Schweden alle Anstrengungen gemacht, das einheimische Publikum zu animieren, um schwedische Produkte zu kaufen. In einem illustrierten Heft, welches in 200.000 Exemplaren verbreitet wird, wird die Frage aufgeworfen: „Warum kaufst du nicht schwedische Ware?“ In bezug auf unsere Industrie wird darin gesagt, daß in den letzten fünf Jahren jährlich 1-1 1/2 Millionen Kronen Wagen und Fuhrwerk importiert worden sind, während die Ausfuhr nur 150.000 Kronen erreichte. Des weiteren wird noch gefragt: Welche Voraussetzungen haben andere Länder, um gewöhnliche Wagen, Kinderwagen und Fuhrwerk besser und billiger herzustellen als die schwedischen Wagenfabriken? Das Rohmaterial wird im Inlande hergestellt, auch die Handwerksfähigkeit steht in Schweden in diesem Gewerbegebiet auf sehr hoher Stufe. Ein Werkstoff von 15 Proz. ruht auf der ausländischen Ware. Und trotzdem wird diese der schwedischen vorgezogen?

Von dem neuen Handelsvertrag des Deutschen Reiches mit Schweden, der eine bedeutende Erhöhung der Zollsätze vorsieht, versprechen sich die dortigen Unternehmer einen tiefen Aufschwung der einheimischen Industrie von Portemonnaies, Brief- taschen und sonstigen Lederwaren.

**Leber.** Wenn man den Berichten vom Ledermarkt glauben darf, so haben wir den Höhepunkt der wirtschaftlichen Hochkonjunktur bereits überschritten. Es wird berichtet: „Die Treibriemenindustrie ist in Westdeutschland verhältnismäßig gut, in Norddeutschland dagegen recht mäßig beschäftigt. Die Orders gehen nur spärlich ein, was nach Ansicht verschiedener Fachleute darauf zurückgeführt wird, daß viele große Werke nur wenig beschäftigt sind und den Kauf von Treibriemen infolgedessen nach Möglichkeit einschränken.“ Geschirrtleder haben ruhiges Geschäft, billigere und mittlere Sorten sind bevorzugt. Für Automobilwachen ist der Absatz regulär. In Verdickleder sind kleine billige Sorten und Leder in bestimmten Größen gefragt, große Vachetten dagegen vernachlässigt. Alaunleder haben in guter Qualität regelmäßigen Absatz, das Geschäft ist aber trotzdem nicht lebhaft. Transparenzleder sind weiterhin in leichter, dünner Ware beliebt. Kettgarterleder finden in mittelstarken Sorten Beachtung, sonst liegt der Artikel still. Für gut ausfallende Sattlerleder (Schafleder) in Bedarf vorhanden, auch Bandagenleder sind gefragt. Das Geschäft in Buchbinder- und Portefeullerledern durchweg ziemlich still. Gute Sorten ostindischer Schaf- und Ziegenleder haben erhebliche Preisauflage zu verzeichnen, während deutsche Saffiane etwas billiger angeboten werden.

Ein Verein der Wagenfabrikanten Kopenhagen hat sich im April d. J. gebildet.

**Korrespondenzen.**

**Chemnitz.** (E. 29. 5.) Am 20. Mai fand im Gasthaus „Stadt Meißner“ eine Versammlung statt. Kollege Krauß als erster Revisor eröffnete dieselbe, da der Vorsitzende Dähne Chemnitz verläßt. In längeren Ausführungen ließ er ihm die gebührende Anerkennung zuteil werden. Hierauf referierte Kollege Krauß über: „Rechte und Pflichten im gewerblichen Arbeitsvertrag“. In ausführlicher Weise entlegte er sich seiner Aufgabe. Diskussion fand nicht statt. Zur Feststellung der Verbesserung unserer Lage durch die letzte Lohnbewegung wurden Fragebogen verteilt, welche möglichst bald zurückgegeben werden müssen. Ferner gab man noch zur Kenntnis, daß Sonntag, den 25. Juni, Befestigung der königlichen Landesanstalt für Schwachsinne und Blinde stattfindet. Einlaß Punkt 8 Uhr. Sammeln 1/2 3 Uhr in der „Deutschen Bierhalle“. Chemnitz, Altendorf, Lintbacher Straße.

**Dresden.** (E. 29. 5.) Ueber „Arbeitshygiene“ sprach am 24. Mai in unserer außerordentlichen Generalversammlung Herr Dr. Reußner. Die Wahl des Delegierten zum Gewerkschaftskongress in Dresden fiel auf Kollegen Richter. Unter Allgemeines gab Kollege Jakob den Bericht vom Vergütungsaußschuß. Der Heberführer vom verfloffenen Berichtsjahr betrug 36,81 Mk., somit erhöhte sich der Kassenbestand auf 93,07 Mk. Dem Ausschuß wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Die Neuwahl befristete wiederum die alten Ausschußmitglieder mit Ausnahme des Kollegen Hermsdorf, welcher eine Wiederwahl abgelehnt hatte; an dessen Stelle tritt Kollege M. Neumann. Auf Antrag der Verwaltung wurde der Ausschlußantrag gegen den Kollegen Johann Spert wegen unkollegialen Verhaltens und Verstoßes gegen Verbandsinteressen zur Weitergabe an den Zentralvorstand beschloßen. Ferner wurde der Ausschluß des Kollegen Engel nochmals besprochen. Hierzu bemerkte der Kassierer, daß Engel nicht freiwillig ausgetreten sei, wie er die Kollegen glauben zu machen versucht, sondern wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen werden mußte.

**Königsberg.** (E. 29. 5.) In der gut besuchten Versammlung vom 16. Mai schilderte Kollege Bartisch-Wörlich in beredten Worten den Wert und Leistung der Organisation der Sattler und Portefeuller. Leider konnte er durch plötzliches Unwohlsein seinen Vortrag nicht zu Ende führen. Es sprach Kollege Donales im Sinne des Referenten weiter. In der sich daran anschließenden Diskussion wurde von mehreren Seiten das Verhalten des Hauptvorstandes betreffs Vernachlässigung der östlichen Provinzen scharf gerügt, und bezwungen der Gauleiter Kollege Bartisch die Wünsche dem Zentralvorstand zu unterbreiten. Dem Kollegen Bartisch wurde noch ein baldiges Wiedersehen und längeres Verweilen in Königsberg und den östlichen Provinzen zuerufen.

**Striegau.** (E. 29. 5.) In der Versammlung welche am 20. Mai im Gasthaus „Zum weißen Schwan“ stattfand, ergab die Abrechnung vom 1. Quartal ein ganz erfreuliches Resultat. Denn wir haben bis jetzt die Mitgliederzahl von 50 bereits überschritten. Der Kartelldelegierte trat sehr für das stattfindende Gewerkschaftsfein ein. Im Besonderen wurde durch die Anregung von Mitgliedern beschlossen, einen Familienausflug am 9. Juli zu veranstalten, und zwar soll das Ziel die „Puschmühle“ eventuell Stannowitz sein.

**Aus anderen Organisationen.**

Der Zentralverband Deutscher Steinarbeiter hat im verfloffenen Jahre sehr schöne Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1909 17.095, am 31. Dezember 1910 dagegen 22.416. Auch der Stand der Armingen ist sehr befriedigend. Die Gesamtsumme betrug 408.029 Mk. (353.145 Mk. im Jahre 1909), die Gesamtsumme 378.238 Mk. (375.446 Mk.). Die wichtigsten Ausgaben sind: Streikunterstützung 106.452 Mk., Krankenunterstützung 71.506 Mk., Reisenunterstützung 16.617 Mk., Wohlfahrtunterstützung 5988 Mk.; für Agitation wurden 37.359 Mk. verausgabt. Der Kassenbestand in der Hauptkasse betrug 461.056 Mk., die Lokalassen verfügen über 167.294 Mk.

Das Tarifwesen in der Steinindustrie besonders stark entwickelt. Ende 1910 bestanden 179 Tarife, die in 1158 Betrieben für 15.746 Personen Gültigkeit hatten. Durch Lohnbewegungen ohne Arbeitsunterbrechung wurden im verfloffenen Jahre 64 Tarife für 573 Betriebe abgeschlossen. Besonders auffällig ist, daß die Tarifmittlerstellen in Sachsen und Schlesien Tarifabschlüssen am absehendsten gegenüberstehen. Diese Herren verfügen über große Betriebe und große Kapitalien und sie denken, weil sich die Steinindustrie in Gebirgsgegenden befinden, können die Arbeiter auch weiterhin mit dem „wilden“ Tarifsystem drangeführt werden.

Am weitesten in der Organisationsgedanke in der Sandhiebindustrie vorgeschritten; weit über 3000 Steinemeier haben den Achtstundentag erlangt.

Der Metallarbeiterverband macht im laufenden Jahre rasche Fortschritte. Das erste Quartal schloß mit einem Mitgliederstande von 487.639 ab; das ist eine Zunahme von 23.623 Mitgliedern im Laufe von drei Monaten. Bei gleicher Zunahme im 2. Quartal würde der Verband jetzt die erste halbe Million Mitglieder erreicht haben.

Die Jahresabrechnung des Verbandes der Staufateure schloß mit einer Mitgliederzahl von 8310 im Jahresdurchschnitt. Die Ausgaben belaufen sich auf 600.436 Mk. Davon entfallen auf Streikunterstützung 387.080 Mk. Die Mitglieder haben recht respektable Leistungen für ihre Organisation aufzuweisen. Die ordentlichen Beiträge beliefen sich auf 148.687 Mk., die Extra- und Streikbeiträge auf 204.940 Mk. Aus den Sammlungen für die Bauarbeiter erhielt der Verband 125.000 Mk. Der Vermögensbestand am Jahresabschluss betrug 192.209,38 Mark, davon 117.149,62 Mk. in der Hauptkasse.

Eine Schwächung der Christlich-Deutschen Gewerksvereine. Der Verein Deutscher Kaufleute beschloß auf seinem am Sonntag abgehaltenen Delegiertentag den Austritt des Vereins aus dem Verbande der Christlich-Deutschen Gewerksvereine. Der von 30 Ortsvereinen gestellte Antrag wurde von dem Führer der Gewerksvereine Goldschmidt entschieden bekämpft, doch er vermochte den Austrittsbeschuß nicht zu verhindern. Für das Auscheiden aus dem Gewerksvereinsverband wurde zwar geltend gemacht, daß Goldschmidt in der Arbeitskammerfrage nicht den Standpunkt des Vereins Deutscher Kaufleute, sondern den des antisemitischen deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes vertreten habe; die eigentlichen Gründe sind wohl aber noch wo anders zu suchen. Im Verein Deutscher Kaufleute ist die Meinung sehr stark vertreten, daß der Gewerksvereinsverband dem Verein der Kaufleute wenig nützen könne und die Mitgliedschaft des Vereins beim Verband nur den Verein unnützig belaste. Der Austritt des Vereins mit seinen 18.000 Mitgliedern aus dem angeblich rund 100.000 Mitglieder zählenden Verband der Gewerksvereine bedeutet eine erhebliche Schwächung der Christlich-Deutschen Gewerksvereine, die in dem letzten Jahre schon über zunehmende Bedeutung sich nicht freuen konnten.

Die Verhandlungen in Buchbindergewerbe über den Dreistündertarif wurden am 22. und 23. Mai in Leipzig fortgesetzt. Vereinstart wurde als Heberführerzuschlag für Arbeiter 12, 15 und 20 Pf. für die erste bezw. zweite und dritte Heberstufe. Für Berlin jedoch bleibt es bei 15, 15 und 20 Pf. Für Arbeiterinnen betragen die Zuschläge 6 bezw. 8 und 12 Pf. Somit ist nur für Arbeiter bei der ersten Heberstufe eine Erhöhung von 2 Pf. herausgekommen und bei Arbeiterinnen bei der ersten Heberstufe 1 Pf. und bei der dritten 2 Pf. Für Heberarbeit am Sonnabend und Sonntagen wurde 10 Pf. Zuschlag für Arbeiter und 12 Pf. — bisher 10 Pf. — für Arbeiterinnen festgesetzt. Nachtarbeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, die bisher nicht tariflich geregelt war, wird hinfirt mit 30 Pf. pro Stunde Zuschlag entlohnt. Ausschlarbeiter, die unter einer Woche beschäftigt werden, erhalten auch hierauf noch 10 Proz. Ertragszuschlag. Bezüglich der Befestigung der Schnellbrudrpressen wurde folgende Vereinbarung beschloßen:

Das an Schnellbrudrpressen sämtlicher Systeme beschäftigte Personal muß zu Zweidritteln aus

Kessern und kann zu einem Drittel aus Mädchen bzw. Hülfepersonal bestehen.

Bisher durch den Phönix- und Viktoriapreisen zur Hälfte von Arbeitern bedient worden. Zur Veranbarung der Akordtarife tritt voraussichtlich am Mittwoch nach Finglingen eine fünfgleidrige Kommission zusammen, deren Arbeiten sechs 14 Tage in Anspruch nehmen dürften. Der Streik der Berliner Wäcker gestaltet sich zugunsten der Gehilfen. Schon am zweiten Streiktag konnten mehr als die Hälfte der Wäckergehilfen unter den neuen Bedingungen arbeiten. Ständig laufen neue Bewilligungen ein. — In Gommern bei Magdeburg sind sämtliche Steinbearbeiter etwa 800 — ausständig geworden, weil die Unternehmer eine Forderung der Arbeiter auf Erhöhung der Stundenlohne von 32 auf 35 Pf. und der Akordtäge um 10 Proz. ohne jede Antwort liegen. Nach vierzigtägiger Dauer ist der Streik des Personals der Bierbrauerei Würzburga Zell mit Erfolg beendet worden. Alle Arbeiter erhalten jeden zweiten Sonntag vollaständig frei. Das Geiger- und Baschmannpersonal erhält für Sonntagsdjour 2 Mk. Entschädigung. Somit wurde noch eine Lohnerhöhung erreicht und Begablung der Heberstunden. — Die Situation im Streikrevier des mitteldeutschen Braunkohlenreviers hat eine Veränderung nicht erfahren.

Der Streik bei den Hagenbauten der Firma Holzmann in Willels haben brachte den Arbeitern eine sofortige Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pf.

Wider Erwarten ist es doch zur Aussperrung im Münsterländischen Textilgewerbe gekommen. Nach den Bewilligungen, die Aussperrung zu vermeiden, hatten die Christen in ihren Wäthern Siegesmeldungen verbreitet. In einer Sitzung, die in Münster stattfand, wurde darauf von den Fabrikanten beschloßen, die Arbeiter sollten eine Erklärung unterzeichnen, daß sie den Streik verloren hätten und die Arbeit bedingungslos wieder aufnahmen. Die Christen beraten jetzt in Düsseldorf, um einen Ausweg aus der Situation zu finden. An der Aussperrung sind bis jetzt 175 Arbeiterorganisierte und gegen 3000 Christen beteiligt. Gätten die Fabrikanten auch die Indifferenten ausgesperrt, würden etwa 10.000 bis 12.000 Arbeiter in Frage gekommen sein. — Der Streik der Chauffeure in Dresden dauert unverändert fort.

**Rundschau.**

Der Reichstag hat eine „große Woge“ hinter sich. Die Reichsbesetzungsordnung ist verabschiedet worden, verabschiedet mit den kleinsten Verbesserungen und den großen Schändlichkeiten. Letztere gipfeln, wie an dieser Stelle mehrfach dargelegt worden ist, in der Entrechtung der Arbeiter. Am 27. Mai, dem zweiten Tage der dritten Sitzung, hielt als Redner der sozialdemokratischen Reaktion Abg. Fischer eine Abrechnung mit der Mehrheit, die glänzend genannt werden muß. Wenn die Stämpfung des Junkers v. Westarp und des Nationalliberalen Deinke als sehr gründlich bezeichnet werden muß, so war die Züchtigung des Zentrums nahezu grauam. Die sozialpolitische Firma „Dibe und Trimborn“ ist bankrott und nun muß der „junge Mann“ der Firma, der Abg. Weder, vergebliche Versuche machen, zu retten, was zu retten ist. „Ach“, so meinte Fischer, „wenn der Abg. Weder in die Uniform gesteckt werden sollte, die ihm gebührt nach der Rolle, die er hier gespielt hat, dann müßte er sich eine grüne Mütze aufsetzen und eine blaue Schürze vorbinden!“ Hausbüchse der Junker! Sausknecht der Reaktion! So und ähnlich lauteten die zahlreichen Zwischenrufe, die diesen Worten folgten. Während dieser Züchtigung des Weder sah sein Arbeiter-Kollege von der christlichsozialen Couleure, der Bekrens da und grinsie, wie nur dieser Genosse der reaktionärsten Gruppe des Reichstags zu grinsen vermag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat getan, was sie zu tun vermochte, um die Reichsbesetzungsordnung brauchbar und akzeptabel zu gestalten. Ihr Bemühen ist vergeblich gewesen. Die Mehrheit wollte Verbesserungen nicht annehmen, aber sie wollte das Gesetz unter allen Umständen noch im Schnapshoch-Reichstag machen, weil sie wußte, daß kein späterer Reichstag ein so erbärmliches Nachwerk verabschieden werde. Nun haben die deutschen Arbeiter das „Werk“. Sie werden bei den Wahlen Abrechnung zu halten haben. Wir begreifen nicht, daß sie gründlich abrechnen werden.

Das andere große Werk der abgelaufenen Woche ist die Annahme des Gesetzes, durch das Elsaß-Lothringen eine Verfassung und für seinen neu zu schaffenden Landtag das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht erhält. Dieses Werk kann ohne Heberreibung als das Werk der sozialdemokratischen Fraktion bezeichnet werden. Die Verbündeten Regierungen und der Kaiser selbst hatten sich für eine gründliche Reform in den Reichsständen verpflichtet. Aber für eine

„gründliche“ Reform gab es im Reichstage eine Mehrheit nicht. Aus mit Hilfe der Sozialdemokraten konnten die Verordnungen erfüllt werden, aber die Sozialdemokraten waren nur zu haben, wenn auf Grund des gleichen Wahlrechts verhandelt werden konnte. Aus diesem die Reaktionen aller Schattierungen Summe und Höhe in Bewegung, um das Zustandekommen der Reform zu verhindern. Zu galt es für die Sozialdemokraten, klug zu operieren. Ihre Verhalten war von Erfolg gekrönt: zwar mühten sie unangenehme Bestimmungen durchzuführen, so die erste Kammer, die sogenannte Kaiserwahl und eine unangenehme Wahlkreisreform. Aber sie erreichten die Hauptziele: das gleiche Wahlrecht! Für diese Frucht mußte der hohe Preis bezahlt werden.

Man erinnere sich, wie der Reichstanzler vor gar nicht langer Zeit über das gleiche Wahlrecht geredet hat und nun muß er es mit Hilfe der Sozialdemokratie für die Reichstabelle genehmigen. Wieder die Strafen haben, wiederum den Kreuzen zu verweigern, was er den Reich-Vorbrüggen angeden hat?

Wers erlebt, mirds sehen! Es war klug gehandelt von den Sozialdemokraten, als sie für die Verfassung und das Wahlrecht in Eilhaft Vorbringen stimmten und gegen die Reichsversicherungsordnung. In ersterem Falle handelt es sich um die Gewährung neuer Rechte für die Arbeiter, im zweiten Fall um den Raub alter Rechte.

Der Reichstag geht bis zum 10. Oktober in Berlin, er wird dann noch etwa zwei Monate tagen, um dann endlich auseinanderzugehen und einem neuen, besseren Reichstag Platz zu machen.

Als „Entschädigung“ für die Opfer des Eilener Meinesprozesses wurde dem Genossen Ludwig Schröder für die unrichtig verhängte Unterdrückungshaft und für die vom 3. Oktober 1895 bis zum 3. April 1898 erlittene Zuchthausstrafe vom Justizministerium eine „Entschädigung“ von 2500 Mk. zugesprochen. Der Bergmann Friedrich Thiel, der 6 Monate Gefängnis unschuldig verbißt, erhielt 1000 Mk. zugesprochen; er hatte 2000 Mk. beantragt. Die Entschädigungen für die übrigen Opfer des Justizmordes sind noch nicht geregelt. Die Ansprüche des dauernden Stichtum verfallenen Bureaubeamten Johann Meier stellen sich auf 50000 Mk. Selbstverständlich bedarf es keines Hinweis, daß die Qualen der Zuchthausmarter und die daraus entstandenen körperlichen und seelischen Leiden durch feinerlei „Entschädigungen“ aufgewogen werden können.

**Briefkasten der Redaktion.**

**Zur Beachtung!** 1. Wenn du der „Sattler- und Portefeuller-Zeitung“ etwas mitzuteilen hast, tue dies rasch und schicke es sofort ein. Redaktionschluss ist im allgemeinen an dem Montag, der dem Erscheinen der Zeitung vorausgeht. 2. Sei klar. Dein Prinzip sei: Tatsachen, keine Phrasen. Schreibe nicht mit Meißel, sondern mit Tinte und lehrlich, besonders Namen und Ziffern. Setze mehr Punkte als Komma. 3. Schreibe deutlich; kurze niemals Worte, ab die im Druck ausgeschrieben werden müssen. 4. Schreibe nicht „gestern“ oder „heute“, sondern das Datum. 5. Korrigiere niemals einen Namen oder eine Zahl; streiche das fehlerhafte Wort durch und schreibe das richtige daneben oder darüber. 6. Beschrifte nie beide Seiten des Blattes. 7. Gib in deinen sämtlichen Schriften Namen, Adresse und Mitgliedsnummer an.

H. G. Halle. Artikel erst nach Schluß der Redaktion eingegangen.  
Tell. Johann Holze, Hamburg, Besenbinderhof 75.

**Adressenänderungen.**

Düsseldorf. RU. Chr. Gläker, von 12 1/2-1 Uhr nachmittags, 7-8 Uhr abends, 1-2 Uhr Sonntags nachmittags.

**Bücherschau.**

Hingsten! Das auf der Rückseite unserer heutigen Auflage abgedruckte Gedicht entnehmen wir einem soeben im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“ erschienenen Buche, das 66 Prologe aus der Feder des Genossen Ernst Prece ang enthält. Dieses Buch wird unseren Mitgliedschaften bei Festen aller Art sehr gute Dienste leisten.

Es enthält Stiftungsfestprologe für alle Berufe, außerdem sind Prologe für Delegiertentage, Frauenfeste, Jugendfeste, Bildungs- und Kunstvereine, persönliche Gedenkfeiern, Jahresfeste, Sängerkreise, humoristische Abende usw. enthalten. Der Preis beträgt 2 Mk.

Wir können die Anschaffung des Buches unserer Mitgliedschaft in den einzelnen Orten durchaus empfehlen.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen entgegen.

**Bekanntmachung des Zentralvorstandes.**

Zum Gewerkschaftsorgane in Dresden sind als Vertreter unserer Organisation gewählt: Kollege E. Schulze-Berlin, S. Richter-Dresden, C. Hoff-Liebenbach und vom Zentralvorstand F. Plum.

Wir erlauben die Bevollmächtigten nochmals um sofortige Einendung der grünen Karten, zwecks Zeitstellung der Arbeitslosigkeit im Mai. Es wird erwartet, daß keine Verwaltungsvorsicht dieser Verpflichtung entzieht.

Aus betriebstechnischen Gründen erscheint die nächste Fachtechnische Beilage nicht am 9., sondern am 16. Juni. Die darauf folgende Nummer erscheint wieder regelmäßig.

Der Vorstand.

**Sterbetafel.**

Berlin. Mar Döhner, Treibriemensattler, 35 Jahre alt, Lebertrebs.  
Ehre seinem Andenken!

**Verfallungskalender.**

Berlin, Brandenburger Sammlungen, Militärbrauche: Mittwoch, den 7. Juni, abends 6 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27. — Violonceller und Leppichnäher: Mittwoch, den 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Weinacht, Grünstr. 21. — Wagenbrauche: Mittwoch, den 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15. — Sektion Charlottenburg: Mittwoch, den 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Volksbaus“, Rosinenstr. 3.

Frankfurt a. M. Mittwoch, den 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Kleiner Saal B. — Straßburg i. G. Sonntag, den 10. Juni, abends 9 Uhr, in der Wirtschaft „Zum Falken“, Schiffleitstr. 11.

Braunschweig. Dienstag, den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 5.

Rausen. Sonnabend, den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Refektorium „Stadt Bittau“, Görlitz. Sonnabend, den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Goldenen Kreuz“.

Stuttgart. Sonntag, den 10. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Eßlinger Straße 17 1/2.

Hannover. Freitag, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Nürnberg. Montag, den 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Neue Gasse.

**Anzeigen**

**Wagensattler**

Karosseriewerk Papler, Cöln, Neuhofstraße 27.

1 tüchtigen Maschinennäher für Sattlerwaren

aller Art, Sattelmacher, auch Feilarbeiter, sowie Sattler- und Reitzzeugarbeiter stellt ein Reinhardt, Berlin, Markgrafenstr. 70.

**Tüchtige Sattler**

auf Vulkan-Fibre-Koffer finden dauernde Beschäftigung.

Kaepler & Vöcker, Magdeburg-Wst.

**Sattlerei,**

2 Jahre bestehend, billig zu verkaufen. Kammich, Wagenladiererei, Wannsee bei Berlin.

**Flecken nahe Hannover.**

Grundstück, seit 50 Jahren Sattler- und Tapeziergeschäft, nachweislich guter Erfolg, unumstößlicher zu verkaufen. Großer Kundentritt vorhanden, günstige Gelegenheit zur Selbständigkeit. Vermittler verboten. Offerten unter Chr. 81 an die Exped. dieser Zeitung.

**Ortverwaltung Berlin**

Sonntag, den 25. Juni 1911, im Garten der Brauerei Friedrichshain, am Königstor

**Großes Sommerfest**

bestehend aus Konzert des Berliner Sinfonie-Orchesters (Dirigent Maxim. Fischer), Gesangsvorträgen des Berliner Männerchors (Dirigent F. Voße) und Spezialitäten

Im hinteren Teil des Gartens für Kinder: Kasperletheater. Bei eintretender Dunkelheit Fackelzug, wozu jedes Kind an der Kontrolle einen Bon gratis erhält

Von 5 Uhr ab: Tanz

Derrest, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach Die Staffeleiche ist von 8-8 Uhr geöffnet

Programme an der Kontrolle frei

Eröffnung 3 Uhr Anfang 4 Uhr Eintrittskarten im Vorverkauf 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. Dieselben sind im Bureau sowie bei den Werkstat-Vertrauensleuten erhältlich.

**Werkzeuge, Beschläge, Nieten u. Stifte.**

Spezialität von G. Neubauer, Offenbach a. M. Lieferung sofort ab Lager.

**Die Palmen,**

jene herrlichen tropischen Gewächse sind unstreitbar der schönste Zimmerpflanz. Denn keine andere Pflanze gibt dem Heim ein solch vornehmes und gediegenes Aussehen, als eine der nachstehenden Palmen. Durch günstigen Abschluß mit einer der größten Palmengärtereien bin ich in der Lage, extra starke, garantiert lebensfähige, herrliche, frischgrüne Exemplare zu den billigsten Preisen zu offerieren.

**Phönix canariensis.** Keuzerst widerstandsfähige, sehr beliebte Zimmerpalme mit saftig grünen Wedeln. 1 Stück 3,-, 4,-, 5,-, 6,-, 7,50 Mark.

**Areca sapida.** Härteste Zimmerpalme von elegantem Bau, unempfindlich gegen Temperaturwechsel, für Blumentische. 1 Stück 3,-, 4,-, 5,-, 6,- Mark.

Die Palmen in der höchsten Preislage eignen sich wegen ihrer Größe nur für hohe Zimmer. Preise bei Mehrabnahme, sowie für künstliche Palmen betrifflich, ebenso wird jede Anfrage sofort sachmännlich erledigt. Eine ausführliche Anweisung über Pflege und Behandlung der Palmen liegt jeder Sendung gratis bei.

**H. Bogenhardt, Erfurt.**